

VWT-Positionen

Die Thüringer Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände stehen für Offenheit, Vielfalt, ein demokratisches Miteinander und für Stabilität. Thüringen braucht eine starke Wirtschaft und gute Rahmenbedingungen, die ein investitionsfreundliches Klima ermöglichen. Die Thüringer Wirtschaft braucht bei den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen Planbarkeit, Verlässlichkeit und Klarheit.

Wirtschaftsentwicklung steht und fällt mit der Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit von Produkten und Dienstleistungen. Im Koalitionsvertrag der Brombeer-Regierung sind bereits wesentliche Punkte benannt, die die Wirtschaft entfesseln sollen. Der VWT beschränkt sich auf fünf wesentliche Punkte, die aus Sicht der Thüringer Wirtschaft Priorität haben, um den Freistaat lebenswert und wirtschaftsfreundlich zu gestalten.

1. BÜROKRATIEABBAU

Der Bürokratieabbau auf Landesebene muss weiter gehen.

- Das erste Entlastungsgesetz war ein Schritt in die richtige Richtung. Aber für die Wirtschaft hat er noch nicht viel gebracht. Das zweite Entlastungsgesetz muss die Unternehmen in den Fokus nehmen.
- Hinweise und Anregungen können die Betriebe vereinzelt geben; aber koordinierter Bürokratieabbau ist nicht ihre Aufgabe.
- Legislative und Exekutive sind in der Pflicht, Kosten und Folgen ihrer Maßnahmen abzuschätzen und zu analysieren - und nötigenfalls nachzusteuern.
- Erhebliche Potenziale bietet die Digitalisierung von Verwaltungsvorgängen auf kommunaler Ebene. Das Land sollte eine einheitliche Verwaltungsplattform als Angebot für die Kommunen entwickeln.

2. BEZAHLBARE STROM- UND GASVERSORGUNG

Die Strom- und Gaspreise müssen wieder wettbewerbsfähig werden.

- Weltpolitik und -märkte kann Thüringen nicht beeinflussen, aber es kann sich in Berlin und Brüssel für Entlastungen bei Steuern und Abgaben stark machen.
- Um das Energieangebot zu erweitern, braucht der Ausbau der Erneuerbaren in Thüringen einen realistischen und verlässlichen landesrechtlichen Rahmen.
- Parallel muss der Netzausbau vom Kopf auf die Füße gestellt werden: Regionale Energieversorgung braucht regionale Netze.

3. INFRASTRUKTUR AUSBAUEN

Die Infrastruktur muss gezielt zukunftsfest gemacht werden

- Funktionierende Infrastruktur ist ein sichtbares Zeichen eines funktionierenden Staatwesens und Grundlage für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft.
- Thüringen muss seine Infrastruktur – Verkehr, Wohnen, Digital, Soziales/ Gesundheit – den Herausforderungen des demographischen Wandels anpassen. Es muss mehr in zusammenhängenden Wirtschaftsräumen gedacht werden. Kooperationen ermöglichen eine bessere Auslastung der knapper werdenden Ressourcen.
- Die Infrastruktur muss die ländlichen Räume lebenswert erhalten und an die Thüringer Zentren anbinden.

4. BILDUNG

Grundlagen für gute Bildung und Zukunftsberufe schaffen

- Frühkindliche Bildung in Kindertagesstätten braucht einen guten Betreuungsschlüssel und eine verbindliche Sprachdiagnostik
- Grundschulen müssen insbes. die Basiskompetenzen in Schreiben, (verständnisintensives) Lesen und Rechnen vermitteln
- Förderung der ökonomischen Grundbildung und Stärkung der MINT-Bildung

Ausbildungs- und Studienreife verbessern

- Praxisnahe Berufsorientierung stärken: weitere Verzahnung von beruflicher Praxis und Berufswahl soll analog zu Projekten wie "Tag in der Praxis" flächendeckend in Thüringen umgesetzt werden
- Berufliche Schulen stärken – Zusammenarbeit mit Unternehmen verbessern – duale Ausbildung stärken → Fachkräfte für die Thüringer Wirtschaft gewinnen
- Sicherung der Ausbildungs- und Studienreife / kein Abschluss ohne Anschluss

Rahmenbedingungen verbessern

- Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit von Schulen erhöhen
- Verbesserung der personellen, technischen und digitalen Ausstattung von Schulen inklusive kurzer Wege und guter Erreichbarkeit mit dem ÖPNV; Stundenausfall muss reduziert werden
- Startchancenprogramm als Lernlabor für Schulen und perspektivisch auch für KiTas nutzen und transferieren; höhere Empirie-Orientierung durch Vergleichsarbeiten (datengeschützte Schulentwicklung)
- Gleichwertigkeit der beruflichen und akademischen Bildung auch finanziell stärken bei schnellstmöglicher Mittelbereitstellung

Die Erkenntnis zur Notwendigkeit von Lebenslangem Lernen muss vermittelt werden; flexible, praxisnahe Weiterbildung im Beruf ist der Schlüssel zur Bewältigung des Strukturwandels und der Transformationsprozesse.

5. ARBEITSMARKT UND SOZIALES

Land und Bund stehen in der Verantwortung für eine motivierende Arbeitsmarktpolitik und die zukunftsbeste Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme

Zielgruppen in den Blick nehmen

- Gezielte Qualifizierung und Begleitung von Jugendlichen **ohne Abschluss sowie** gezieltere **Unterstützung arbeitsloser Jugendlicher** mit passenden Angeboten, um deren Anschlussperspektive sicherzustellen
- Intensivere Bemühungen, **Langzeitarbeitslose** in den Arbeitsmarkt zu integrieren, durch Qualifizierungen und Begleitstrukturen. Fehlende Förderlücken müssen durch Landesmittel geschlossen werden
- Gezielte Integration von **Menschen mit Migrationshintergrund, insb. auch migrantische Frauen**, in den Thüringer Arbeitsmarkt durch berufsbegleitende Sprachkurse, notwendige Qualifizierungen und Unterstützung bei der gesellschaftlichen Teilhabe.
- Erschließung des Potenzials an **Teilzeitbeschäftigten** und nichtaktiven **Erwerbsfähigen** insbesondere durch Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen
- Gezielte Unterstützung von **Lebensälteren** beim Weg zurück in den Arbeitsmarkt sowie Setzen von attraktiven Rahmenbedingungen für längere Beschäftigung

Thüringen ist ein Chancenland

- **Standortkampagne zu Karrierechancen in Thüringen, insbesondere für Jugendliche aus Regionen mit hoher Jugendarbeitslosigkeit** in Deutschland und dem EU-Ausland
- Sicherstellung der erforderlichen **Netz- und öffentlichen Verkehrsinfrastruktur**: Integration in Ausbildung und Arbeit darf nicht an Mobilitätsproblemen, fehlendem Wohnraum oder unzureichender Internetversorgung scheitern

Bund muss endlich seine Hausaufgaben machen und die finanziellen Belastungen für Arbeitgeber und Beschäftigte reduzieren

- Verbesserung der steuerlichen **Rahmenbedingungen für Mehrarbeit und Hinzuverdienst**
- Der Bund muss eine **nachhaltige Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme** sicherstellen, ohne den Faktor Arbeit weiter zu belasten. Der Gesamtsozialversicherungsbeitrag muss wieder auf maximal 40 Prozent heruntergesetzt werden.
- Bund und Land müssen die dafür erforderlichen **Strukturenreformen** umsetzen.
- **Gesamtgesellschaftliche Aufgaben und versicherungsfremde Leistungen** sind entweder aus dem Leistungskatalog der Sozialversicherungsträger zu streichen oder in voller Höhe zwingend **aus Steuermitteln** anstatt aus Beitragsmitteln zu finanzieren.
- Kommunen und Land müssen ihren **Investitionsverpflichtungen für die Sicherstellung der Krankenhaus- und Pflegeinfrastruktur** nachkommen. Das entlastet nicht nur die Beitragszahler, sondern auch die Betroffenen.

6. WIRTSCHAFT, VERTEIDIGUNG UND SICHERHEIT

Sicherheit und Wirtschaft zusammen denken

Schlagworte wie Sicherheitspolitik und Verteidigungsfähigkeit stehen im Zentrum der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit. Die strategische Reformierung unserer Verteidigungsfähigkeit stellt Gesellschaft und Wirtschaft sowohl vor technologische, ordnungspolitische als auch strukturell Herausforderungen – aber auch Chancen. Aus unserer Sicht steht dabei der Wirtschaftsstandort Thüringen im Fokus - es gilt zu zeigen, wie innovativ, leistungsfähig, anpassungsfähig und resilient wir sind.

Verteidigungsfähigkeit ausbauen, Personalplanung sichern, Arbeitsmarkt stärken

- Ausschöpfung aller Arbeitsmarktpotenziale und zeitgemäße Arbeitsmarktpolitik, um Fachkräfteengpässe in unseren Betrieben, welche durch den geplanten Aufwuchs der Bundeswehr und den freiwilligen Wehrdienst entstehen könnten, zu verhindern
- Unternehmensnahe und praktikable Lösungen für die Unternehmen. Arbeitgeber müssen bspw. Klarheit darüber haben, welche Beschäftigten in der Reserve oder im Zivilschutz aktiv sind. Dazu braucht es entweder ein Abfrageverfahren bei der Bundeswehr oder zumindest ein rechtlich abgesichertes Abfragerecht durch den Arbeitgeber.
- Wehrdienst, Berufsberatung, Ausbildungs- und Berufsförderung sollten gut miteinander abgestimmt werden, um Übergänge in die und aus der Bundeswehr in den zivilen Arbeitsmarkt bestmöglich zu unterstützen.

Stärkung der (allgemeinen) betrieblichen Resilienz im Sinne des All-Gefahren-Ansatzes

- Kontinuierliche Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Akteuren der zivilen und militärischen Verteidigung, des Bevölkerungs- und Katastrophenschutzes, der Wirtschaft und Politik
- Förderung der Sicherheit im Land durch engen und abgestimmten Austausch
- Ausbau der Resilienz von Systemen und Menschen
- Sicherstellung einer bestmöglichen Vorbereitung auf vielfältige Gefährdungslagen (All-Gefahren-Ansatz) durch sachgerechte Information
- Proaktives, flexibles und bedarfsgerechtes Handeln im Sinne der Mitglieder

Investitionen, Innovationen und Ansiedlung

- Investitionen in die Infrastruktur und ihre Sicherung
- Offene Ansiedlungspolitik im Freistaat auch für Sicherheits- und Verteidigungsindustrie
- Innovation und Zusammenarbeit:
 - Militärische Anwendungen und noch mehr „dual use“ bieten Chancen für neue Geschäftsmodelle auf hohem technologischem Niveau.
 - Industrielle Erfahrungen und Produkte in Thüringen können vielfach auch auf militärische Anwendungen ausgerollt werden.
- Prinzipielles Votum gegen sog „Zivilklauseln“ an Hochschulen, welche die gemeinsame zivile und militärische Forschung, Forschungskooperation und gemeinsame Nutzung (dual use) ausschließen, erschweren oder behindern.

Mit der verbandlichen **Initiative „Resilienz für Thüringen“** übernehmen wir im Zusammenspiel mit der Bundeswehr und dem Freistaat gemeinsam Verantwortung für Thüringen.